

A15 Humanität und Ordnung: Auf uns GRÜNE kommt es an

Antragsteller*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge
Status: Zurückgezogen

1 Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Rechtsstaats und der Menschenrechte.
2 Unser Menschenrechtsverständnis ist universell. Egal welcher Herkunft, welchen
3 Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welcher Religion, welchen Handicaps
4 – alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Respekt und auf
5 gleiche Chancen. Dieses humanistische, menschenrechtliche Leitbild ist durch
6 viele Ideologien weltweit bedroht. Nationaler oder religiöser Chauvinismus,
7 Rassismus und Islamismus sind die Feinde der Menschenrechte, die größte Gefahr
8 für unsere vielfältige, freiheitliche Gesellschaft und unsere Sicherheit.

9 Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind in der Geschichte der Bundesrepublik die Partei, die
10 früher als alle anderen Parteien die Realität des Einwanderungslands Deutschland
11 anerkannt und daraus politische Forderungen abgeleitet hat. Wir wissen, dass die
12 gute Integration Geflüchteter Voraussetzungen hat, dass sie den Geflüchteten
13 viel abverlangt, genauso wie der aufnehmenden Gesellschaft. Wir tragen in vielen
14 Großstädten, in den Landkreisen und Gemeinden und Bundesländern Verantwortung
15 für die Integration vor Ort. Unsere Mitglieder sind in einem hohen Maß
16 ehrenamtlich in der Unterstützung für Geflüchtete engagiert. Wir haben
17 Politikerinnen und Politiker in unseren Reihen, die selbst Fluchterfahrung
18 haben, vom Bundestagsabgeordneten bis zur stellvertretenden Ministerpräsidentin.

19 Andere sehen jetzt die Aufnahme Geflüchteter durch die Große Koalition in den
20 Jahren 2015/2016 als großen Fehler an, den man nicht wiederholen dürfe. Wir
21 GRÜNE haben schon in den Jahren vor 2015 laut auf die unzureichende
22 Unterstützung der Geflüchteten im Nahen Osten und aus Afghanistan in den
23 überforderten Aufnahmeländern der Region durch die internationale Gemeinschaft
24 und Deutschland hingewiesen. Es sind Fehler passiert. Aber nicht erst, als die
25 Menschen am Budapester Bahnhof gestrandet sind, sondern deutlich früher.

26 Wenn wir auf die Fluchtbewegungen der Geschichte blicken, gehen diese in der
27 Regel mit Konflikten auch in den Aufnahmegesellschaften einher. Große Teile der
28 internationalen Gemeinschaft haben zwar mit der Genfer Flüchtlingskonvention
29 rechtliche Konsequenzen aus den Fluchtbewegungen der nationalsozialistischen
30 Diktatur in Deutschland und des von Deutschland ausgehenden II. Weltkriegs
31 gezogen. Aber selbst die Aufnahme der 12 bis 14 Millionen Geflüchteten deutscher

32 Sprache, der Vertriebenen, in Österreich und den vom Krieg zerstörten beiden
33 deutschen Staaten war von Feindseligkeit und Überforderung begleitet. Rechtliche
34 Regeln allein reichen für eine gelingende Fluchtpolitik nicht aus. Wir brauchen
35 eine klare Absage an Rassismus und Intoleranz, wir brauchen aber auch Lösungen
36 für die entstehenden Probleme. Nur dann schaffen wir eine breite
37 gesellschaftliche Akzeptanz – das wesentliche Gegenmittel gegen eine strikte
38 Abschottungspolitik.

39 Fluchtbewegungen werden uns weiter begleiten. Angesichts der zahlreichen
40 gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Nähe Europas und dem Verlust der
41 Lebensgrundlagen aufgrund des Klimawandels wird die Bewahrung unserer liberalen,
42 rechtsstaatlichen und toleranten europäischen Gesellschaftsordnungen, unserer
43 Sicherheit und des Zusammenhalts der Europäischen Union wesentlich davon
44 abhängen, ob wir auf die Herausforderungen durch Flucht die richtigen Antworten
45 finden.

46 Wir, Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Bayern, in Deutschland und die Grüne Bewegung in
47 Europa werden dabei als starke Stimme für Rechtsstaatlichkeit, Integration und
48 Menschenrechte gebraucht. Wir selbst haben es in der Hand, ob wir das Vertrauen
49 der Bürgerinnen und Bürger gewinnen für eine Politik, die Zuflucht und
50 Integration sichert und die Schwierigkeiten der Aufnahme von Geflüchteten
51 bewältigt.

52 Das Gespräch über die Realität der Integration Geflüchteter und über die
53 Aufnahmekapazitäten in Deutschland und in der EU ist schwierig geworden. Die
54 Verschärfung des Tons und die Zunahme rassistischer Aussagen über rechtsextreme
55 Parteien hinaus verengt im gesamten politischen Spektrum den Diskurs. Es droht,
56 dass das eine politische Lager nur noch über Probleme von Fluchtmigration
57 spricht und dabei sogar Migration generell nur noch negativ beschreibt, während
58 das andere Lager in Reaktion darauf die Probleme und Herausforderungen nicht
59 mehr adressiert, aus Furcht vor Verallgemeinerungen und einer Zunahme des
60 Hasses.

61 In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Die Differenzierung, deren Fehlen wir
62 bei anderen oft zu recht kritisieren, müssen wir auch selbst leisten. Denn dann
63 werden wir als glaubwürdige Stimme wahrgenommen, gerade von denen, die sich eine
64 rationale Debatte und pragmatische Lösungen wünschen. Dazu gehört auch die
65 Unterscheidung zwischen fremdenfeindlich motivierten Einwänden gegen Geflüchtete
66 und dem berechtigten Hinweis auf eine tatsächliche Überforderung bei der Aufnahme
67 und Integration. Wenn uns das trotz der aufgeheizten Debatte gelingt, dann
68 gewinnen wir die Menschen, die genau das Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit
69 wollen, nämlich eine funktionierende Integration und eine gute Perspektive für
70 Geflüchtete in Deutschland. Schließlich: Auch wir sind nicht gefeit vor
71 Fehleinschätzungen und sollten uns zugestehen, dass wir einerseits unsere
72 Prinzipien wahren und andererseits bereit sind, über neue Lösungsansätze offen
73

zu diskutieren.

74 **Reduzierung ungesteuerter Zuwanderung**

75 Die Integrationsfähigkeit eines Landes ist keine starre Größe, sie ist aber auch
76 nicht beliebig und vor allem nicht kurzfristig zu vergrößern. Es ist Bündnis
77 90/DIE GRÜNEN zu verdanken, dass der lange Widerstand gegen eine verlässliche
78 Co-Finanzierung der Integrationskosten in den Kommunen in der Bundesregierung
79 überwunden und 2023 ein verlässlicher Beitrag des Bundes vereinbart wurde. In
80 Bayern achten wir darauf, dass diese Mittel auch vollständig und zügig in den
81 Kommunen ankommen.

82 Aber Geld ersetzt kurzfristig keine fehlenden Fachkräfte für die Integration,
83 ehrenamtlich Engagierte oder Bauplätze für Kindergärten oder Wohnungen. Extreme
84 Spitzen bei den Asylgesuchen wie in den Jahren 2015/16 und 2022/23 und ein
85 weiterhin hohes Grundniveau – neben dem Erfordernis, kurzfristig eine hohe Zahl
86 von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufzunehmen – führen dazu, dass
87 Integration verzögert und erschwert wird: Die Geflüchteten bleiben länger in
88 provisorischen Unterkünften, sie warten länger auf Integrations- und Sprachkurse
89 oder berufliche Qualifikation, die Klärung eines Bleiberechts verzögert sich
90 wegen Überlastung der Behörden, ebenso die Anerkennung von Abschlüssen. Auch die
91 Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes kann solche Spitzen nicht gut abfangen. Aus
92 solchen Verzögerungen entstehen Hürden, die sich oft auch noch viele Jahre
93 später nachteilig auswirken.

94 Es stimmt, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, Lücken in der
95 gesundheitlichen Versorgung oder die Überforderung der Bildungs- und
96 Betreuungseinrichtungen ein schon länger und unabhängig von der
97 Fluchtzuwanderung bestehendes Problem in Deutschland sind. Aber diese Analyse
98 enthebt uns nicht von der berechtigten Erwartung der Bevölkerung und derjenigen,
99 die die Integrationsarbeit vor Ort in den Kommunen leisten, dass Lösungen dafür
100 gefunden werden und dass die Lage nicht noch weiter verschärft wird.

101 Deutschland kann und wird seiner Verantwortung für den Schutz vor Verfolgung
102 weiter nachkommen. Über die Fluchtmigration hinaus wird unser Land seine
103 grundlegende Integrationsfähigkeit, etwa im Bildungssystem, dauerhaft verbessern
104 müssen. Dennoch brauchen wir jetzt eine Stabilisierung der Zahl der hier zu
105 versorgenden Geflüchteten auf einem für die Integration leistbaren Niveau.
106 Belegte Turnhallen sind weder für die Gesellschaft noch für die Geflüchteten
107 eine wünschenswerte Situation.

108 Die Erhöhung des Drucks auf Geflüchtete, die bereits hier in Deutschland leben,
109 wie sie die Union fordert, ist dafür nicht das richtige Mittel. Die zwangsweise
110 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, das Fernhalten vom Arbeitsmarkt oder

111 die weitere Verringerung staatlicher Unterstützung unter das Existenzminimum
112 erhöht die Integrationshindernisse und das Risiko von Konflikten und Gewalt. Die
113 erhoffte Abschreckungswirkung ist widerlegt.

114 Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass es richtig war, dass die Bundesregierung
115 den Zugang Geflüchteter zu Arbeit beschleunigt hat, und fordern hier weitere
116 Erleichterungen, Unterstützung und Anreize. Dies kann auch die Verpflichtung zu
117 gemeinnütziger Arbeit als ersten Schritt in die Arbeitsmarktintegration
118 umfassen, sofern die Kommunen dies mit vertretbarem Aufwand leisten können und
119 wollen.

120 **Rückkehr zu einer Gemeinsamen Fluchtpolitik der** 121 **EU unterstützen**

122 Die EU ist unter Druck von autoritären Regimen, die aktiv den Zerfall dieses
123 historisch einmaligen Staatenverbunds vorantreiben, von Rechtsextremisten und
124 Populisten in Europa, die sich willfährig für die Erfüllung dieser Aufgabe
125 hergeben, aber auch durch die unterschiedliche Betroffenheit, die
126 unterschiedlichen Erfahrungen und die unterschiedliche Interessenlage der
127 Mitgliedstaaten im Hinblick auf Zuwanderung allgemein und Fluchtzuwanderung im
128 Besonderen. Geflüchtete sind teilweise zum Mittel geworden, um die EU
129 anzugreifen und auseinanderzutreiben. Belarus und Russland haben auch dieses
130 Mittel bereits angewendet.

131 Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft ohne eigenen Vollzugsmacht. In
132 der Flüchtlingsfrage zeigt sich verstärkt, dass geltendes Recht in der Praxis
133 immer weniger eingehalten wird. Illegale Push-Backs an den Außengrenzen sind
134 tägliche Praxis, das Dublin-System funktioniert schon lange nicht mehr, die
135 geduldete oder geförderte Durchreise Geflüchteter aus den Erstkunftsstaaten
136 findet weiter statt, weil ein geordneter Verteilmechanismus nicht durchsetzbar
137 ist. Eine Rechtsgemeinschaft, in der Recht in der Realität nicht mehr
138 eingehalten wird, wird aber auf Dauer zerfallen.

139 Klar ist für uns: Ein Scheitern der EU wird die Lösung vieler globaler Probleme
140 unmöglich machen und die Situation für Geflüchtete definitiv nicht verbessern.
141 Zur aktuellen europäischen Realität gehört allerdings eine rechtspopulistische
142 Regierung wie die ungarische, die jede Zuwanderung strikt ablehnt. Dazu gehört
143 auch europafreundliche, liberale Regierung wie die Polens, die bei der Aufnahme
144 ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes leistet, aber die Aufnahme Geflüchteter
145 aus anderen Weltregionen ablehnt. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt
146 oder nicht.

147 Die Rückkehr zu einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik ist daher
148 unerlässlich. Wir unterstützen daher ausdrücklich den Beitrag der deutschen

149 Regierung und insbesondere unserer Außenministerin Annalena Baerbock zum
150 Gemeinsamen Europäischen Asylsystem.

151 Innereuropäische Grenzkontrollen sind dann zu rechtfertigen, wenn sie durch eine
152 akute Sicherheitsgefährdung angezeigt sind. Dauerhafte innereuropäische
153 Grenzkontrollen gefährden den Zusammenhalt der EU und lösen das Problem nicht,
154 sondern verschieben es allenfalls. Die grundlegende Lösung liegt nicht an den
155 deutschen Grenzen, sondern in der Kontrolle der europäischen Außengrenzen unter
156 Einhaltung des Flüchtlingsrechts und in einer verlässlichen Zusammenarbeit mit
157 den Herkunfts- oder Transitregionen.

158 **Internationale und europäische Fluchtpolitik**

159 Weltweit nimmt die Zahl der Geflüchteten stark zu. Gleichzeitig sind
160 Schleusungen in die EU und nach Deutschland ein Milliardengeschäft geworden, für
161 das in erster Linie die Menschen, die sich auf diesen gefährlichen Weg machen,
162 einen hohen Preis bezahlen, oft den Preis ihres Lebens, während Schutzbedürftige
163 ohne finanzielle Mittel nur eine geringe Chance auf Aufnahme in die EU haben.
164 Alle Argumente sprechen dafür, die geordnete Umsiedlung Geflüchteter direkt aus
165 Herkunfts- oder Nachbarländern auszubauen, und die ungeordnete Zuwanderung über
166 die gefährlichen Fluchtrouten zu verringern. Dies kann gelingen durch die
167 Auslagerung der Prüfung von Asylgesuchen an die Außengrenzen und in
168 Drittstaaten, unter der Bedingung, dass die Einhaltung der Vorgaben der Genfer
169 Flüchtlings- und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nur auf dem
170 Papier, sondern in der Praxis gewährleistet werden kann, dass Deutschland und
171 die EU ihre Zusagen zur Übernahme von Kontingenten – anders als oft in der
172 Vergangenheit – einhalten und auch bereit sind, legale Wege zur Zuwanderung in
173 die EU für diejenigen, die nach Ausbildung oder Arbeit suchen, zu eröffnen.

174 Nachbarstaaten in den Krisenregionen, die schon heute die größte Zahl an
175 Geflüchteten aufnehmen, müssen dauerhaft und verlässlich bei dieser Aufgabe
176 unterstützt und durch die Übernahme von Geflüchteten in die EU entlastet werden,
177 und zwar nach fairen Kriterien und nicht mehr in Abhängigkeit ihres
178 Erpressungspotenzials. Deutschland und die EU bleiben weiter in der
179 Verantwortung, international Entwicklung, Frieden und den Schutz der
180 Lebensgrundlagen zu unterstützen. Eine Umwidmung der Entwicklungs- und
181 humanitären Hilfe in die Finanzierung von Fluchtabwehr und erpresserischen
182 Regimen würde die internationale Lage weiter destabilisieren und die Probleme
183 verschärfen, anstatt sie zu lösen. Wenn es eine Lehre aus den Jahren vor 2015
184 gibt, dann die, dass Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung
185 nicht verdrängen dürfen.

186 **Offenheit braucht Sicherheit: Abschiebungen auf** 187 **Straftäter und Gefährder konzentrieren**

188 Europa ist auch deshalb Ziel vieler Menschen aus anderen Regionen, weil es eine
189 sichere Region mit einem starken Rechtsstaat und enormer gesellschaftlicher
190 Freiheit und Toleranz im weltweiten Vergleich ist. Die Werte der
191 Gleichberechtigung der Geschlechter, religiöser und politischer Toleranz und der
192 Gewaltfreiheit sind keine exklusiv europäischen Werte. Der arabische Frühling,
193 Auslöser der Fluchtbewegung nach Europa vor knapp zehn Jahren, oder der
194 opferreiche, mutige Kampf der Iranerinnen und Iraner gegen das Mullah-Regime
195 zeigen uns, dass sich weltweit viele Menschen über ganz unterschiedliche
196 Kulturen hinweg für diese Werte einsetzen.

197 Wenn westliche Gesellschaften weiterhin offene Gesellschaften bleiben wollen,
198 müssen sie jedoch auch wehrhaft sein gegen diejenigen, die diese Werte
199 bekämpfen. Die ungesteuerte Flucht nach Europa wurde auch vom IS missbraucht, um
200 Täter islamistischer Anschläge einzuschleusen. Sie wird missbraucht, um
201 Geflüchtete zu radikalieren. Sie bringt auch Menschen nach Europa, die für
202 ausländische Regimes arbeiten, oder Menschen, die in Gesellschaften mit einer
203 extrem patriarchalen Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und diese
204 Einstellung mitbringen.

205 Daraus entsteht eine Gefahr, vor der wir Geflüchtete genauso wie die ansässige
206 Bevölkerung schützen müssen.

207 Zum einen müssen wir uns dieser Gefahr stellen und in Prävention investieren.
208 Das setzt voraus, dass die Fluchtzwanderung so geordnet wie möglich erfolgt.

209 Zum anderen müssen auf Radikalisierung, schwere Kriminalität und Gewalt schnelle
210 und klare Reaktionen erfolgen. Die Abschiebung von Gefährdern und Straftätern
211 ist richtig. Die von der Bundesregierung ermöglichten
212 Abschiebungserleichterungen müssen vor allem für die Beschleunigung der
213 Abschiebung dieser Personen genutzt werden. Wer stattdessen gut integrierte
214 Menschen ins Visier nimmt, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, nur
215 um seine Statistik zu füllen, leistet der inneren Sicherheit und der Integration
216 einen Bärendienst.

217 **Geflüchtete einbeziehen in die Gestaltung der** 218 **Integration**

219 Die hohe Zuwanderung 2015/2016 liegt bald zehn Jahre zurück. Viele derjenigen,
220 die in dieser Zeit nach Deutschland gekommen sind, sind mittlerweile deutsche
221 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sie haben beruflich Fuß gefasst und wollen
222 Deutschland etwas zurückgeben.

223 Es ist an der Zeit, die Menschen nicht nur als Empfänger von Unterstützung zu
224 sehen, sondern als Bürgerinnen und Bürger, als Mitgestalter unseres Gemeinwesens

225 anzusprechen. Ob es um die Verhinderung von Radikalisierung oder um Wege zur
226 Erhöhung der Erwerbstätigkeit geflüchteter Frauen geht: Es ist an der Zeit, mit
227 den Geflüchteten nach Lösungen zu suchen, sie einzubinden in die Bewältigung der
228 Herausforderungen, sie zu ermutigen, sich in ihren Kommunen, in den Ländern und
229 im Bund einzubringen für ihre Communities und für das ganze Land.

Unterstützer*innen

Jens Marco Scherf (KV Miltenberg), Mirjam Bergmann (KV Aschaffenburg), Fabian Hamák (KV Bad Kissingen), Margit Pickel-Schmidt (KV Haßberge), Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land), Dieter Janecek (KV München-Stadt), Karina Werner-Waage (KV Miltenberg), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Ludwig Hartmann (KV München-Stadt), Gerhard Kraft (KV Main-Spessart), Pia Rückert (KV Haßberge), Christian Koll-Schwarze (KV Haßberge), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach), Markus Kuhn (KV Haßberge), Andreas Uhlich (KV Haßberge), Wolfgang Rzehak (KV Miesbach), Anita Amend (KV Haßberge), Lara Appel (KV Haßberge), Stefan Schmidt (KV Regensburg), Annika Bauer (KV Haßberge), Christoph Appel (KV Haßbege), Michael Groll (KV Haßberge), Michael Thomé (KV Haßberge), Anna Luckhardt (KV Haßberge), Roland Baumann (KV Haßberge), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Maria Krieger (KV Kelheim), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt), Britta Jacob (KV Dachau), Martina Neubauer (KV Starnberg), Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt), Doris Wagner (KV München), Benjamin Adjei (KV München), Marion Hilger (KV Aschaffenburg-Land), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Sascha Müller (KV Schwabach), Katharina Wittig (KV München), Lena Werner (KV Main-Spessart), Christian Hartranft (KV München), Constantin Jahn (KV Dillingen), Maria Wißmiller (KV Ostallgäu), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Simone Artz (KV Würzburg-Stadt), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Susann Freiburg (KV Lichtenfels), Sarah Onken (KV Ebersberg), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Hans-Dieter Manger (KV Aschaffenburg-Land), Martin Beier (KV München), Lendita Musliji (KV München), Sanne Kurz (KV München), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Dorothea Deutsch (KV Miesbach), Alexander Schnapper (KV Ansbach), Martin Wolf (KV Miesbach), Matthias Lewin (KV Haßberge), Harald Kuhn (KV Haßberge), Katrin Grünbaum (KV Fürth-Stadt), Marco Masi (KV Haßberge), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Andreas Auer (KV Passau-Stadt), Joshua Augsburg (KV Bad Kissingen), Rotraut Arnold (KV Haßberge), Helga Mandl (KV Traunstein), Thomas Bauer (KV Haßberge), Thorsten Kellermann (KV München), Heidi Schiller (KV München), Alexander König (KV München), Markus Heurung (KV Bad Kissingen), Markus Königsdorfer (KV Unterallgäu), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Thorsten Kanwischer (KV München-Land), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Kornelia Haslbeck (KV

Pfaffenhofen), Sebastian Seitz (KV Pfaffenhofen), Maximilian Nunn (KV Bad Kissingen), André Höftmann (BV KPV Bayern), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Mia Peters (KV München)